



---

## Fassung Vernehmlassung

# Landsgemeindebeschluss zur Revision des Baugesetzes (BauG)

Änderung vom [Datum]

---

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (GS Nummern)

|             |                |
|-------------|----------------|
| Neu:        | –              |
| Geändert:   | <b>700.000</b> |
| Aufgehoben: | –              |

---

*Die Landsgemeinde des Kantons Appenzell I.Rh.,*

in Revision des Baugesetzes vom 29. April 2012 (BauG),

*beschliesst:*

### I.

Änderung Baugesetz (BauG) vom 29. April 2012:

#### **Art. 7 Abs. 1** (geändert)

<sup>1</sup> Für bestehende Bauten, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes oder seiner Nachträge erstellt wurden und den neuen Bestimmungen nicht entsprechen, bleiben der Weiterbestand, ein angemessener Unterhalt und die zeitgemässe Erneuerung gewährleistet, unter Vorbehalt einschränkender Regelungen für Bauten ausserhalb der Bauzonen. Als zeitgemässe Erneuerung gelten auch der Abbruch und der Wiederaufbau im bisherigen Umfang, sofern dadurch nicht wesentliche öffentliche oder nachbarrechtliche Interessen, beispielsweise der Ortsbildschutz, verletzt werden, sowie die Erstellung einzelner Bauteile, die für sich die geltenden Vorschriften einhalten.

**Art. 26 Abs. 2<sup>bis</sup>** (neu)

<sup>2bis</sup> Die Bezirke können in ihren Reglementen oder in Quartierplänen die Nutzung des Erdgeschosses im Ortskern auf Betriebe mit Publikumsverkehr einschränken.

**Art. 73 Abs. 1** (geändert), **Abs. 2** (geändert), **Abs. 3** (geändert)

<sup>1</sup> Gegenüber Wald ist, ausser bei forstwirtschaftlichen Bauten und Anlagen, ein Abstand von wenigstens 20 m, für ebenerdige oder unterirdische nicht-forstliche Anlagen sowie Terrainveränderungen ein Abstand von 5 m einzuhalten. Der Abstand wird ab der Waldgrenze gemessen.

<sup>2</sup> Wenn es die örtlichen Verhältnisse erlauben, kann in Quartierplänen der ordentliche Waldabstand von 20 m bis auf 10 m gesenkt werden.

<sup>3</sup> Neupflanzungen von Wald haben gegenüber bestehenden Bauten und Anlagen die unter Abs. 1 und Abs. 2 genannten Abstände einzuhalten.

**Art. 77 Abs. 1** (geändert), **Abs. 1<sup>bis</sup>** (neu)

<sup>1</sup> Das zuständige Departement kann im Rahmen von Baubewilligungsverfahren Ausnahmen von Vorschriften dieses Gesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen bewilligen, wenn das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht oder wenn ausserordentliche Verhältnisse vorliegen und gleichzeitig weder öffentliche noch nachbarliche Interessen erheblich beeinträchtigt werden.

<sup>1bis</sup> Die Standeskommission kann ausserhalb von Baubewilligungsverfahren Ausnahmen von Vorschriften dieses Gesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen bewilligen, wenn das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht oder wenn ausserordentliche Verhältnisse vorliegen.

**Art. 81 Abs. 1** (geändert), **Abs. 1<sup>bis</sup>** (neu)

<sup>1</sup> Ist das Baugesuch vollständig, legt die Baubewilligungsbehörde dieses unverzüglich während vierzehn Tagen öffentlich auf und leitet es gleichzeitig an weitere zuständige Behörden weiter.

<sup>1bis</sup> Zusätzlich zur Auflage an ihrem Sitz kann die Baubewilligungsbehörde die vollständige oder teilweise Auflage im Internet vorsehen.

**Art. 82 Abs. 4** (neu)

<sup>4</sup> Über die öffentlich-rechtliche Einsprache wird gleichzeitig mit der Verfügung im Baubewilligungsverfahren entschieden.

**Art. 83 Abs. 3** (geändert)

<sup>3</sup> Bei allen übrigen Einsprachen zivilrechtlicher Natur setzt die Baubewilligungsbehörde dem Einsprecher eine Frist von 20 Tagen zur Einleitung eines zivilrechtlichen Klageverfahrens. Dabei gilt:

- a) (geändert) Unterbleibt eine rechtzeitige Klage, gilt die Einsprache als zurückgezogen.
- b) (geändert) Wird rechtzeitig Klage erhoben, bleibt das Baugesuchsverfahren bis zum rechtskräftigen Entscheid der Zivilklage sistiert.
- c) *Aufgehoben.*

**Art. 85 Abs. 1** (geändert)

<sup>1</sup> Die Baubewilligung wird erteilt, wenn die öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

**Art. 90 Abs. 1** (geändert), **Abs. 3** (neu)

<sup>1</sup> Für die Behandlung der Baugesuche durch die Baubewilligungsbehörden werden Gebühren von 1‰ der geschätzten Baukosten, mindestens Fr. 100.-- erhoben. Die Kosten für das Anzeigeverfahren, die erforderlichen Kontrollen sowie allfällige Gutachten werden entsprechend dem tatsächlichen Aufwand zu den Gebühren hinzugerechnet. Die Baubewilligungsbehörde kann vom Baugesuchsteller angemessene Kostenvorschüsse verlangen.

<sup>3</sup> Bei ausserordentlichem Aufwand kann die Gebühr auf bis 2‰ der geschätzten Baukosten erhöht werden.

**Art. 91 Abs. 2** (aufgehoben)

<sup>2</sup> *Aufgehoben.*

**II.**

*Keine Fremdänderungen.*

**III.**

*Keine Fremdaufhebungen.*

**IV.**

Dieser Beschluss tritt am ... in Kraft.